



# Straßenkinder

## Themenpapiere der Fraktion

Über 20.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland haben ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße. Eine einheitliche Definition des Begriffes "Straßenkinder" gibt es nicht. Auf keinen Fall darf und kann die Situation der Straßenkinder in Deutschland mit der Situation von Straßenkindern in bspw. südamerikanischen Ländern verglichen werden. UNICEF unterscheidet zwischen "Kindern der Straße" und "Kindern auf der Straße". Zur ersten Gruppe zählen Kinder und Jugendliche, die die meiste Zeit ihres Tages auf der Straße verbringen und eventuell dort arbeiten, aber trotzdem bei ihren Eltern oder Freunden schlafen. Zur zweiten Gruppe zählen obdachlose Kinder und Jugendliche, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben und dort auch schlafen.

Die Corona-Krise trifft Straßenkinder besonders hart. Der Aufenthalt in ihrer gewohnten Umgebung ist ihnen untersagt. Straßenkinder dürfen jetzt nicht wegen der Ausgangsbeschränkungen kriminalisiert bzw. mit Strafgeldern bestraft werden, sie brauchen jetzt umso dringender Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, die ihnen weiter offenstehen. Obdachlosen Jugendlichen sind umgehend Angebote zur Unterbringung mit Einzelzimmer zu unterbreiten.

Die Ursachen, warum Kinder und Jugendliche ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße suchen, sind verschieden. Bei der Mehrheit der Fälle kann nicht ein einzelner Faktor als Erklärung herangezogen werden, sondern ein gemeinsames Auftreten mehrerer Faktoren. Den meisten Straßenkindern gemeinsam ist, dass sie in ihrer Familie negativen Erlebnissen ausgesetzt waren und Strukturen der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe nicht in der Lage waren, durch präventive Angebote ein Abrutschen in ein Straßenumfeld zu vermeiden. Viele von ihnen waren in ihren Familien mit materieller und emotionaler Armut konfrontiert, die sich vor allem durch Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung manifestiert hat. Einige haben sich auf Grund dieser Erfahrungen und scheinbarer Alternativlosigkeit entschieden, ein Leben auf der Straße zu führen bzw. dorthin ihren Lebensmittelpunkt zu verlegen. Demgegenüber stehen die Fälle, in denen Kinder und Jugendliche von ihren Eltern auf die Straße gesetzt werden. Andere wiederum verlassen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, in denen sie gegen ihren Willen untergebracht worden sind oder aber werden mit Vollendung des 18. Lebensjahres von der Jugendhilfe vor die Tür gesetzt. Daneben sind die Jugendlichen anzutreffen, die zwar noch bei ihren Eltern leben, aber so viel wie möglich auf die Straße fliehen, zum Teil Tage und Wochen nicht nach Hause zurückkehren.

Statt die Jugendsozialarbeit zu stärken, verstärkt die Bundesregierung die ordnungspolitischen Aspekte in der Kinder- und Jugendpolitik. Kinder und Jugendliche werden als Täter wahrgenommen und nicht als häufig aus der Not heraus handelnde Personen. Ebenso werden die Jugendlichen mehr als Verweigerer gegenüber einer Ausbildungs- oder Arbeitsmarktpolitik wahrgenommen. Mit dem Festhalten an den Hartz IV- Gesetzen befördert die

Bundesregierung in dieser Altersgruppe den sozialen Ausschluss. Hilfeleistungen können komplett sanktioniert werden, womit Wohnungslosigkeit gefördert wird. Diese Sanktionen treffen und berücksichtigen nicht die individuelle Lebens- und Notsituation der Jugendlichen.

Die LINKE streitet für

- Bessere Organisationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen wie bspw. die Straßenkinderkonferenz oder der Care Leaver.
- Sofortige Angebote an obdachlose Jugendliche, die ihnen ein Dach über dem Kopf bieten und Perspektiven eröffnen. Massenunterkünfte lehnen wir ab.
- Einen Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe. Neben der Prävention, um Kinder und Jugendliche vor einem Abrutschen besser zu schützen, müssen Strukturen zur aktiven Arbeit mit Straßenkindern wie die Mobile Jugendarbeit oder Streetwork ausgebaut werden, um allen Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten der Unterstützung zukommen zu lassen.
- Eine Entkriminalisierung von Straßenkindern und eine bessere Wahrnehmung ihrer Lebenssituation.
- Einen besseren Zugang von Straßenkindern zu medizinischer Versorgung.
- Die Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen.
- Die Abkehr von Methoden der so genannten schwarzen Pädagogik wie der Geschlossenen

Unterbringungen.